

Anleitung



- zur Einkommensteuererklärung
- zum Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage
- zur Erklärung zur Festsetzung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge
- zur Erklärung zur Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags
- zum Antrag auf Festsetzung der Mobilitätsprämie

Abgabefrist



Einkommensteuererklärung

- wenn Sie zur Abgabe verpflichtet sind: **bis 31. August 2024**
- wenn Sie die Veranlagung beantragen: **bis 31. Dezember 2027**

Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage:
bis 31. Dezember 2027

Erklärung zur Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags:
bis 31. August 2024

Antrag auf Festsetzung der Mobilitätsprämie:
bis 31. Dezember 2027

Diese Anleitung soll Sie darüber informieren,

- wie Sie den **Hauptvordruck Est 1 A** richtig ausfüllen,
 - welche Anlagen ggf. zusätzlich zum **Hauptvordruck Est 1 A** auszufüllen sind und
 - welche steuerlichen Pflichten Sie haben.
- Sie kann allerdings nicht alle Fragen beantworten. Wesentliche Änderungen gegenüber der Anleitung für 2022 sind grün gedruckt und am Rand gekennzeichnet.

eDaten



Der Finanzverwaltung liegen bereits zahlreiche Daten über Ihre Besteuerungsgrundlagen vor, die sie durch entsprechende elektronische Datenübermittlungen der mitteilungspflichtigen Stellen erhalten hat (sog. eDaten, z. B. Bruttoarbeitslöhne und die dazugehörigen Lohnsteuerabzugsbeträge, bestimmte Beiträge zur Kranken- / Pflegeversicherung und Altersvorsorge, Lohnersatzleistungen, Renten). Daher müssen Sie hierzu grundsätzlich keine Angaben mehr in Ihrer Einkommensteuererklärung machen. In den Vordrucken zur Einkommensteuererklärung sind diese Zeilen / Bereiche hervorgehoben und mit gekennzeichnet. Diese Zeilen / Bereiche müssen Sie jedoch weiterhin ausfüllen, wenn Ihnen bekannt ist, dass die mitteilungspflichtige Stelle die eDaten nicht oder nicht zu treffend übermittelt hat. Den **Hauptvordruck Est 1 A** müssen Sie in jedem Fall abgeben.

Anlagen-übersicht

Zur Erklärung gehören der **Hauptvordruck Est 1 A** sowie ggf. zusätzlich:



die Anlage	für	gesonderte Anleitung / Infoblatt vorhanden
N	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, für Angaben zum Arbeitslohn und zu den Werbungskosten (ohne Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung – vgl. Anlage N-Doppelte Haushaltsführung)	✓
KAP	Einkünfte aus Kapitalvermögen	✓
KAP-BET	Einkünfte aus Kapitalvermögen / anrechenbare Steuern laut gesonderter und einheitlicher Feststellung (Beteiligung)	
KAP-INV	Investmenterträge, die nicht dem inländischen Steuerabzug unterlegen haben	✓
R	sonstige Einkünfte, für Angaben zu Renten und anderen Leistungen aus dem Inland	✓
R-AUS	sonstige Einkünfte, für Angaben zu Renten und anderen Leistungen aus ausländischen Versicherungen / ausländischen Rentenverträgen / ausländischen betrieblichen Versorgungseinrichtungen	✓
R-AV / bAV	sonstige Einkünfte, für Angaben zu Leistungen aus zertifizierten Altersvorsorgeverträgen und aus der inländischen betrieblichen Altersversorgung	✓
L, 34b	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	
G	Einkünfte aus Gewerbebetrieb	
S	Einkünfte aus selbständiger Arbeit	
Corona-Hilfen	ggf. Angaben zu Corona-Soforthilfen, Überbrückungshilfen und vergleichbaren Zuschüssen bei betrieblichen Einkünften	✓
V	Einkünfte aus Vermietung / Verpachtung bebauter Grundstücke	✓

die Anlage für		gesonderte Anleitung / Infoblatt vorhanden
V-FeWo	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Ferienwohnungen und aus kurzfristiger Vermietung	
V-Sonstige	weitere Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (z. B. aus Grundstücksgemeinschaften, unbebauten Grundstücken)	
FW	Steuerbegünstigung zur Förderung des Wohneigentums	✓
	<ul style="list-style-type: none"> private Veräußerungsgeschäfte (z. B. Grundstücksverkäufe; Veräußerungen virtueller Währungen und sonstiger Token), Unterhaltsleistungen, Ausgleichsleistungen zur Vermeidung des Versorgungsausgleichs, andere wiederkehrende Bezüge (z. B. Schadensersatzrenten, die als Ersatz für entgangene oder entgehende Einkünfte gezahlt werden), 	
SO	<ul style="list-style-type: none"> Zahlungen aufgrund einer Vermögensübertragung oder eines schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs, Einkünfte aus Leistungen (z. B. gelegentliche Vermittlungen; Leistungen im Zusammenhang mit virtuellen Währungen und sonstigen Token), Bruttoentlastungsbetrag zur Gas- / Wärmepreisbremse (Soforthilfe Dezember 2022) und Abgeordnetenbezüge 	✓

Ihre Aufwendungen können Sie durch Abgabe weiterer Anlagen geltend machen, z. B.:

die Anlage	für	gesonderte Anleitung / Infoblatt vorhanden
Außergewöhnliche Belastungen	die Berücksichtigung von außergewöhnlichen Belastungen (z. B. Krankheitskosten) und Pauschbeträgen	✓
AV	Angaben zur steuerlichen Förderung von Altersvorsorgebeiträgen (sog. Riester-Verträge)	✓
Energetische Maßnahmen	energetische Maßnahmen bei zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäuden	✓
Haushaltsnahe Aufwendungen	haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, Dienst- und Handwerkerleistungen	✓
Kind	☺ steuerlich berücksichtigungsfähige Kinder	✓
N-Doppelte Haushaltsführung	Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit	✓
Sonderausgaben	die Berücksichtigung von z. B. Kirchensteuer, Spenden und Mitgliedsbeiträgen, Berufsausbildungskosten (ohne Versicherungsaufwendungen und Altersvorsorgebeiträge)	✓
Unterhalt	die Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen an bedürftige Personen	✓
Vorsorgeaufwand	☺ die Berücksichtigung von Versicherungsbeiträgen	✓



In besonderen Fällen können weitere Anlagen erforderlich sein, z. B.:

die Anlage	für	gesonderte Anleitung / Infoblatt vorhanden
AUS	ausländische Einkünfte	✓
N-AUS	ausländische Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	✓
WA-ESt	Angaben und Anträge in Fällen mit Auslandsbezug (z. B. Beginn oder Beendigung der unbeschränkten Steuerpflicht, erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht, weiterer Wohnsitz im Ausland)	✓

die Anlage für	gesonderte Anleitung / Infoblatt vorhanden
Sonstiges sonstige Angaben und Anträge z. B. Antrag zur Aufteilung der Abzugsbeträge bei Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern, Verlustabzüge, Spendenvorträge, verbleibende Freibeträge für bestandsgeschützte Alt-Anteile an Investmentfonds, negative Einkünfte mit Bezug zu Drittstaaten, Zurückstellung der Einkommensteuerfestsetzung bei einem Antrag auf Forschungszulage	✓
Mobilitätsprämie Angaben zum Antrag auf Mobilitätsprämie	

Die Einkommensteuererklärung ist elektronisch an die Finanzverwaltung zu übermitteln, wenn Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit erzielt werden. Die Pflicht zur elektronischen Übermittlung greift nicht, wenn daneben Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit Steuerabzug erzielt werden und die positive Summe der Einkünfte, die nicht dem Steuerabzug vom Arbeitslohn zu unterwerfen waren, sowie die positive Summe der Progressionseinkünfte (vgl. die Erläuterungen zu den Zeilen 35 und 36 des Hauptvordrucks ESt 1 A in dieser Anleitung) jeweils den Betrag von 410 € nicht übersteigen. Für die elektronische authentifizierte Übermittlung be-

nötigen Sie ein Zertifikat. Dieses erhalten Sie im Anschluss an Ihre Registrierung auf der Internetseite www.elster.de. Bitte beachten Sie, dass der Registrierungsvorgang bis zu 2 Wochen dauern kann. Programme zur elektronischen Übermittlung finden Sie unter www.elster.de/elsterweb/softwareprodukt. Für Fälle, die nicht unter die Verpflichtung fallen, ist ebenfalls eine elektronische Übermittlung möglich. Bitte übermitteln Sie auch Belege und andere Dokumente zur Steuererklärung elektronisch (Belegnachreichung zur Steuererklärung). Dies ist sowohl über www.elster.de/eportal/formulare-leistungen/alleformulare/belegnachreichung als auch über andere Softwareanbieter möglich.

Elektronische Übermittlung der Einkommensteuererklärung

Arbeitnehmer sind nur in bestimmten Fällen zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtet, z. B.

- wenn die positive Summe der Einkünfte, von denen keine Lohnsteuer einbehalten worden ist, mehr als 410 € beträgt;
- wenn ein Arbeitnehmer von mehreren Arbeitgebern gleichzeitig Arbeitslohn bezogen hat oder von einem Arbeitgeber verschiedenartige Bezüge i. S. d. § 39e Abs. 5a des Einkommensteuergesetzes (EStG) erhalten hat, von denen mindestens einer der Bezüge dem Lohnsteuerabzug nach Steuerklasse VI unterworfen worden ist;
- wenn die positive Summe bestimmter Lohn- / Entgeltersatzleistungen mehr als 410 € betragen hat (vgl. die Erläuterungen zu den Zeilen 35 und 36 dieser Anleitung zum Hauptvordruck ESt 1 A sowie zu Zeile 23 der Anleitung zur Anlage N, z. B. Kurzarbeitergeld);
- wenn beide Ehegatten / Lebenspartner Arbeitslohn bezogen haben und einer von ihnen für das Kalenderjahr oder für einen Teil des Kalenderjahres nach der Steuerklasse V oder VI besteuert oder bei Steuerklasse IV der Faktor nach § 39f EStG berücksichtigt worden ist;
- wenn vom Finanzamt für den Steuerabzug vom Arbeitslohn ein Freibetrag ermittelt worden ist (ausgenommen Pauschbeträge für behinderte Menschen / Hinterbliebene, Entlassungsbetrag für Alleinerziehende und Zahl der Kinderfreibeträge) und der im Kalenderjahr ins-

gesamt erzielte Arbeitslohn **12.174 €**, bei zusammen veranlagten Ehegatten / Lebenspartnern der im Kalenderjahr von den Ehegatten / Lebenspartnern insgesamt erzielte Arbeitslohn **23.118 €** übersteigt;

- wenn bei geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Eltern oder bei Eltern nichtehelicher Kinder beide Elternteile eine Aufteilung des Freibetrags zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung oder des einem Kind zustehenden Pauschbetrags für behinderte Menschen / Hinterbliebene in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte beantragen (dies gilt entsprechend für Lebenspartner);
- wenn im Lohnsteuerabzugsverfahren Entschädigungen oder Arbeitslohn für mehrere Jahre ermäßigt besteuert worden sind;
- wenn der Arbeitgeber die Lohnsteuer von einem sonstigen Bezug berechnet hat und dabei der Arbeitslohn aus früheren Dienstverhältnissen des Kalenderjahres außer Betracht geblieben ist (Großbuchstabe S).

Personen, **die keinen Arbeitslohn bezogen haben**, werden mit ihren steuerpflichtigen Einkünften zur Einkommensteuer veranlagt und haben deshalb ebenfalls eine Einkommensteuererklärung abzugeben.

Dies gilt auch für Kapitalerträge, die nicht dem Steuerabzug unterlegen haben.

Eine Steuererklärung ist außerdem abzugeben, wenn zum Schluss des vorangegangenen Veranlagungszeitraums ein verbleibender Verlustvortrag festgestellt worden ist.

Pflicht zur Abgabe der Einkommensteuererklärung



Antrag auf Einkommensteuer- veranlagung

Wenn Sie nicht verpflichtet sind, eine Einkommensteuererklärung abzugeben, kann sich ein Antrag auf Einkommensteuerveranlagung insbesondere lohnen,

- wenn Sie nicht ununterbrochen in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis gestanden haben;
- wenn die Höhe Ihres Arbeitslohns im Laufe des Jahres geschwankt und Ihr Arbeitgeber keinen Lohnsteuer-Jahresausgleich durchgeführt hat;
- wenn sich Ihre Steuerklasse oder die Zahl der Kinderfreibeträge im Laufe des Jahres zu Ihren Gunsten geändert hat und dies noch nicht bei einem Lohnsteuer-Jahresausgleich durch Ihren Arbeitgeber berücksichtigt worden ist;
- wenn Ihnen Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen oder Aufwendungen, für die eine unmittelbare Minderung der Einkommensteuerschuld möglich ist, entstanden sind, für die kein Freibetrag vom Finanzamt für den Steuerabzug vom Arbeitslohn ermittelt worden ist;

- wenn Sie oder die mit Ihnen verheiratete oder verpartnerte Person im Ausland wohnen, Ihre Einkünfte nahezu ausschließlich der deutschen Einkommensteuer unterliegen und Sie bisher keine familienbezogenen Steuervergünstigungen in Anspruch genommen haben (vgl. die Erläuterungen zu den Zeilen 11 bis 17 der Anleitung zur Anlage WA-ESt).

Außerdem wird auf Antrag eine Einkommensteuerveranlagung z. B. durchgeführt,

- wenn Verluste aus anderen Einkunftsarten berücksichtigt werden sollen;
- wenn Verlustabzüge aus anderen Jahren berücksichtigt werden sollen;
- wenn einbehaltene Kapitalertragsteuer im Fall der Günstigerprüfung angerechnet und ggf. erstattet werden soll (**Anlage KAP**).

Bitte vergessen Sie nicht, in Zeile 1 des **Hauptvordrucks Est 1 A** das entsprechende Auswahlfeld anzukreuzen.

Antrag auf Fest- setzung der Arbeitnehmer- Sparzulage

Den Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage müssen Sie grundsätzlich zusammen mit der Einkommensteuererklärung stellen. Beachten Sie bitte die Erläuterungen zu Zeile 34. Ein gesonderter Antrag ist z. B. erforderlich, wenn

- Sie ausschließlich steuerfreien oder pauschal besteuerten Arbeitslohn bezogen haben oder
- keine Steuerabzugsbeträge in der Lohnsteuerbescheinigung enthalten sind.

Bitte vergessen Sie nicht, in Zeile 1 des **Hauptvordrucks Est 1 A** das entsprechende Auswahlfeld anzukreuzen.

Sollten Sie in den Vorjahren versäumt haben, den Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage bei Ihrem Finanzamt zu stellen, haben Sie die Möglichkeit, die Zulage innerhalb von vier Jahren nach Ablauf des Sparjahres zu beantragen.

Erklärung zur Festsetzung der Kirchensteuer auf Kapital- erträge

Sie sind kirchensteuerpflichtig und auf Ihre Kapitalerträge wurde keine Kirchensteuer einbehalten, z. B. weil Sie dem Datenabruf zur Kirchensteuererhebung widersprochen haben (Sperrvermerk)?

Dann sind Sie zur Abgabe der Erklärung zur Festsetzung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge verpflichtet. Diese Erklärung ist grundsätzlich zusammen mit der

Einkommensteuererklärung abzugeben. Eine gesonderte Abgabe dieser Erklärung ist nur dann erforderlich, wenn Sie keine Einkommensteuererklärung abgeben. Bitte beachten Sie die Erläuterungen zu Zeile 6 in der Anleitung zur Anlage KAP und vergessen Sie nicht, in Zeile 2 des **Hauptvordrucks Est 1 A** das entsprechende Auswahlfeld anzukreuzen.

Antrag auf Festsetzung der Mobilitätsprämie

Pendlerinnen und Pendler mit einem zu versteuernden Einkommen bis zur Höhe des Grundfreibetrags von 10.908 €, bei zusammenveranlagten Ehegatten / Lebenspartnern 21.816 €, können für Fahrten zu einer ersten Tätigkeitsstätte / Betriebsstätte sowie für wöchentliche Familienheimfahrten bei doppelter Haushaltsführung ab dem 21. Entfernungskilometer alternativ zur erhöhten Entfernungspauschale von 0,38 € eine

Mobilitätsprämie erhalten.

Der Antrag auf Festsetzung der Mobilitätsprämie ist zusammen mit der Einkommensteuererklärung zu stellen. Bitte vergessen Sie nicht, in Zeile 3 des **Hauptvordrucks Est 1 A** das entsprechende Auswahlfeld anzukreuzen und die **Anlage Mobilitätsprämie** auszufüllen und einzureichen.

Neu!

Steuer- nachzahlung

Durch die Veranlagung zur Einkommensteuer können sich auch Abschlusszahlungen und höhere Vorauszahlungen ergeben. Halten Sie bitte Mittel für diese

Zahlungen bereit, damit Sie die Zahlungstermine einhalten können.

Geben Sie die Erklärungen oder Anträge bei dem Finanzamt ab, in dessen Bezirk Sie zurzeit wohnen.

Haben Sie zurzeit mehrere Wohnungen im Inland und

- sind Sie nicht verheiratet oder verpartnert, ist das Finanzamt Ihres Wohnsitzes zuständig, an dem Sie sich vorwiegend aufhalten;
- sind Sie verheiratet oder verpartnert und leben von der mit Ihnen verheirateten oder verpartnerten Person nicht dauernd getrennt, ist das Finanzamt des Wohnsitzes zuständig, an dem sich Ihre Familie vorwiegend aufhält;
- sind Sie verheiratet oder verpartnert und lebten bereits vor dem 1. Januar 2023 von der mit

Ihnen verheirateten oder verpartnerten Person dauernd getrennt, ist das Finanzamt Ihres Wohnsitzes zuständig, an dem Sie sich vorwiegend aufhalten;

- sind Sie verheiratet oder verpartnert, lebten jedoch 2023 erstmals von der mit Ihnen verheirateten oder verpartnerten Person dauernd getrennt, können Sie Ihre Steuererklärung noch bei dem Finanzamt abgeben, das zuletzt mit Ihrer Besteuerung befasst war.

Nähere Informationen zu Ihrem zuständigen Finanzamt finden Sie auch im Internet unter www.finanzamt.de.

Zuständiges
Finanzamt

Die allgemeine Frist für die Abgabe der **Einkommensteuererklärung** 2023 und der Erklärung zur Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags 2023 läuft bis zum **31. August 2024**. Bei Land- und Forstwirten endet die Abgabefrist spätestens **8 Monate** nach Ablauf des Wirtschaftsjahres 2023 / 2024. Diese Fristen können auf Antrag verlängert werden. Wird die Einkommensteuererklärung verspätet oder nicht abgegeben, kann Ihr Finanzamt einen Verspätungszuschlag und, falls


erforderlich, Zwangsgelder festsetzen.

Der **Antrag auf Einkommensteuerveranlagung** 2023, der **Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage** 2023 und der **Antrag auf Festsetzung der Mobilitätsprämie** 2023 müssen bis zum 31. Dezember 2027 bei dem für Sie zuständigen Finanzamt eingegangen sein. Diese Fristen können nicht verlängert werden. Später eingehende Anträge muss Ihr Finanzamt ablehnen.

Abgabefrist



Füllen Sie bitte nur die **weißen** Felder der Vordrucke deutlich und vollständig aus.

Hinweis: Daten für die mit  gekennzeichneten Zeilen liegen Ihrem Finanzamt im Regelfall vor. Eintragungen sind insoweit nicht erforderlich.

Änderungen der Texte sind nicht zulässig. Vollständige Angaben müssen Sie auch dann vornehmen, wenn Ihr Finanzamt Ihnen einen Freibetrag für den Steuerabzug vom Arbeitslohn gewährt hat. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, machen Sie die Angaben bitte in einer gesonderten Aufstellung. Beachten Sie hierzu

den Hinweis in Zeile 37 des **Hauptvordrucks Est 1 A** und reichen die erforderlichen Anlagen und Einzelaufstellungen ein.

Tragen Sie bitte alle Beträge in Euro ein. Cent-Beträge runden Sie zu Ihren Gunsten auf volle Euro-Beträge auf oder ab, es sei denn, die Vordrucke sehen ausdrücklich die Eintragung von Cent-Beträgen vor.

Wie Sie die Vordrucke im Einzelnen ausfüllen müssen, soll Ihnen nachstehend und ggf. in gesonderten Anleitungen erläutert und am Beispiel der Familie Muster veranschaulicht werden.

So füllen Sie die
Vordrucke aus



Reichen Sie die Belege zu Ihrer Einkommensteuererklärung bitte nur ein, wenn

- in den Vordrucken und / oder Anleitungen ausdrücklich darauf hingewiesen wird oder
- Sie von Ihrem Finanzamt dazu aufgefordert werden (Belegvorhaltepflcht).

Bitte übermitteln Sie Belege und andere Dokumente zur Steuererklärung möglichst elektronisch (Beleg-

nachreichung zur Steuererklärung). Dies ist sowohl über www.elster.de/eportal/formulare-leistungen/alle-formulare/belegnachreichung als auch über andere Softwareanbieter möglich.

Falls Sie Ihrem Finanzamt Belege in Papierform übermitteln möchten, beachten Sie bitte, dass Sie keine Originale, sondern ausschließlich Kopien Ihrer Belege einreichen.

Beleg-
vorhaltepflcht



Ihr Steuerbescheid soll nicht Ihnen, sondern einer anderen Person zugesandt werden?

Dann nutzen Sie bitte die Vollmachtsdatenbank (§ 80a der Abgabenordnung). Die Verwaltung Ihrer Vollmachten ist sowohl über www.elster.de als auch über andere Softwareanbieter möglich.

Sofern Sie eine gesonderte Empfangsvollmacht zusammen mit Ihrer Steuererklärung in Papierform erteilen möchten, dann reichen Sie bitte eine formlose Anlage mit der Überschrift „Ergänzende Angaben zur Steuererklärung“ ein und tragen in Zeile 37 des Hauptvordrucks Est 1 A eine „1“ ein.

Empfang Ihres
Steuerbescheids



Wurden Sie durch die Gas- / Wärmepreisbremse entlastet, müssen Sie die Entlastung ganz oder teilweise versteuern, wenn Ihr zu versteuerndes Einkommen 2023 mindestens 66.915 € oder bei Zusammenveranlagung 133.830 € beträgt. Der Bruttoentlastungsbetrag ist in der **Anlage SO** anzugeben. Steht die erhaltene

Entlastung im Zusammenhang mit anderen Einkunftsarten (z. B. Gewinneinkünfte, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung), ist der Bruttoentlastungsbetrag nicht in der **Anlage SO** einzutragen.

Bitte beachten Sie die Erläuterungen zu Zeile 17 in der Anleitung zur Anlage SO.

Gas- / Wärme-
preisbremse
(Soforthilfe
Dezember 2022)



Steuerbefreiung für Photovoltaikanlagen



Sie haben im Jahr 2023 Einnahmen und / oder Privatentnahmen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Photovoltaikanlagen erzielt?

Dann sind diese steuerfrei, wenn die Anlagen auf, an oder in

- Einfamilienhäusern (einschließlich Nebengebäuden) oder nicht Wohnzwecken dienenden Gebäuden vorhanden sind und die installierte Bruttoleistung laut Marktstammdatenregister bis zu 30 kW (peak) beträgt und / oder
- sonstigen Gebäuden vorhanden sind und die installierte Bruttoleistung laut Marktstammdatenregister bis zu 15 kW (peak) je Wohn- oder

Gewerbeeinheit beträgt.

Die installierte Bruttoleistung laut Marktstammdatenregister darf insgesamt höchstens 100 kW (peak) pro steuerpflichtiger Person oder Mitunternehmerschaft betragen.

Beschränkt sich Ihre gewerbliche Tätigkeit auf den Betrieb steuerfreier Photovoltaikanlagen?

Dann müssen Sie für diese keinen Gewinn ermitteln und keine Gewinnermittlung bei Ihrem Finanzamt einreichen.

Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom TT.MMMM 2023, BStBl I Seite XX.

Hauptvordruck ESt 1 A

Hauptvordruck ESt 1 A		— Eingangsstempel —	
1	<input checked="" type="checkbox"/> Einkommensteuererklärung	<input checked="" type="checkbox"/> Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage	Beispiel
2	<input checked="" type="checkbox"/> Erklärung zur Festsetzung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge	<input checked="" type="checkbox"/> Erklärung zur Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags	
3	<input checked="" type="checkbox"/> Festsetzung der Mobilitätsprämie		
4	Steuernummer	1 2 3 4 5 6 7 8 9 0	
5	An das Finanzamt	KÖLN - OST	
6	Bei Wohnsitzwechsel: bisheriges Finanzamt		
Allgemeine Angaben			
7	Steuerpflichtige Person	Nur bei Zusammenveranlagung: Ehemann oder Person A (Ehepartner/-in A / Lebenspartner/-in A nach dem LPartG) – Bitte Anleitung beachten.	
8	Identifikationsnummer	Geburtsdatum	im Sterbefall: Sterbedatum
	5 2 3 4 5 6 7 8 9 0 1	1 8 1 0 1 9 6 6	T T M M J J J J
9	Name	MUSTER	
10	Vorname	HERIBERT	
11	Titel, akademischer Grad	Religion RK	
12	Ausgeübter Beruf	METALLBAUER	
13	Straße (derzeitige Adresse)	REMSCHIEDER STR.	
14	Hausnummer	Hausnummerzusatz	Adressergänzung
	5	A	
15	Postleitzahl (Inland)	Postleitzahl (Ausland)	
	5 1 1 0 3		
16	Wohnort	KÖLN	
17	Staat (falls Anschrift im Ausland)		
18	Verheiratet / Lebenspartnerschaft begründet seit dem	Verwitwet seit dem	Geschieden / Lebenspartnerschaft aufgehoben seit dem
	1 2 0 1 1 9 9 2	T T M M J J J J	T T M M J J J J
Nur bei Ehegatten / Lebenspartnern: Veranlagungsart			
19	<input checked="" type="checkbox"/> Zusammenveranlagung	<input checked="" type="checkbox"/> Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern	<input checked="" type="checkbox"/> Wir haben Gütergemeinschaft vereinbart
20	Identifikationsnummer	Geburtsdatum	im Sterbefall: Sterbedatum
	6 3 4 5 6 7 8 9 0 1 2	1 7 1 2 1 9 7 1	T T M M J J J J
21	Name	MUSTER	
22	Vorname	HANNELORE	
23	Titel, akademischer Grad	Religion RK	
24	Ausgeübter Beruf	PFLEGEKRAFT	

Die Eheleute Muster geben für 2023 eine Einkommensteuererklärung ab und möchten die Arbeitnehmer-Sparzulage beantragen. Sie kreuzen hierzu beide Kästchen in Zeile 1 an. Außerdem tragen sie die Steuernummer und die ihnen vergebene Identifikationsnummern ein.

Herr Muster ist Metallbauer. Er heißt mit Vornamen Heribert, ist am 18. Oktober 1966 geboren und wohnt zusammen mit seiner Ehefrau Hannelore in Köln. Sie haben am 12. Januar 1992 geheiratet. Frau Muster ist am 17. Dezember 1971 geboren. Sie arbeitete in der Nähe ihrer Wohnung das ganze Jahr über halbtags als Pflegekraft.

Welche Einkünfte hatten die Eheleute Muster?

Sie haben beide Arbeitslohn bezogen (vgl. die Erläuterungen in der Anleitung zur Anlage N). Für ihre Ersparnisse haben sie 503 € Zinsen erhalten. Weitere Kapitalerträge haben sie nicht erzielt. Aufgrund ihres Freistellungsauftrags wurde keine Kapitalertragsteuer einbehalten. In diesem Fall brauchen sie die Anlage(n) KAP nicht abzugeben. Außerdem vermieten sie eine Eigentumswohnung in Köln (vgl. die Erläuterungen in der Anleitung zur Anlage V).

Zeile 7 bis 33

Allgemeine Angaben

Tragen Sie bitte Ihren Namen und Ihre aktuelle Adresse ein. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, kürzen Sie bitte ab. Bei gleichgeschlechtlichen Ehen und Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) geben Sie bitte im Falle der Zusammenveranlagung in den Zeilen 8 bis 17 als Person A

die Person an,

- die nach alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens an erster Stelle steht;
- bei Namensgleichheit nach alphabetischer Reihenfolge des Vornamens;
- bei Gleichheit des Vornamens nach dem Alter

der Personen (ältere Person).

Bei Ehen, in denen eine oder beide Personen den Geschlechtseintrag „divers“ führen, gelten die vorstehenden Regelungen ebenfalls.

Bei Angabe der Religionszugehörigkeit können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Abkürzungen verwenden, die sich aus der Lohnsteuerbescheinigung ergeben. Gehören Sie keiner oder keiner kirchensteuererhebungsberechtigten Religionsgemeinschaft an, tragen Sie bitte „VD“ ein. Weitere Abkürzungen für Religionsgemeinschaften entnehmen Sie bitte der folgenden Tabelle.

Machen Sie bitte die notwendigen Angaben für beide Personen, auch wenn eine davon keine Einkünfte bezogen hat. Dies erübrigt sich bei der Einzelveranlagung von verheirateten oder verpartnerten Personen. Beachten Sie bitte die Erläuterungen zu Zeile 19.

Religion	Schlüssel
Alt-Katholische Kirche	AK
Freie Religionsgemeinschaft Alzey	FA
Freireligiöse Landesgemeinde Baden	FB
Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz	FG
Freireligiöse Gemeinde Mainz	FM
Freireligiöse Gemeinde Offenbach / M.	FS
Israelitische Religionsgemeinschaft Baden	IB
Israelitische Kultussteuer Land Hessen	IL
Israelitische Bekenntnissteuer (Bayern)	
Israelitische Kultussteuer Frankfurt / M.	
Jüdische Kultusgemeinden Koblenz und Bad Kreuznach	IS
Synagogengemeinde Saar	
Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs	IW
Jüdische Kultussteuer (NRW)	JD
Jüdische Kultussteuer (Hamburg)	JH

Sie sind nach dem 31. Dezember 2022 geschieden worden oder wurde Ihre Lebenspartnerschaft aufgehoben?

Dann geben Sie bitte auch an, seit wann Sie vor der Ehescheidung oder Aufhebung der Lebenspartnerschaft dauernd getrennt gelebt haben. Leben Sie nur vorübergehend nicht zusammen, z. B. bei auswärtiger

beruflicher Tätigkeit, liegt keine dauernde Trennung vor.

Die mit Ihnen verheiratete oder verpartnerte Person ist verstorben?

Dann tragen Sie bitte das Sterbedatum im Feld „Verwitwet seit dem“ ein.

Zeile 18

Sie haben im Jahr 2023 mit der mit Ihnen verheirateten oder verpartnerten Person im Inland zusammengelebt?

Dann können Sie zwischen einer Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern und einer Zusammenveranlagung wählen. Sie werden zusammen veranlagt, wenn Sie beide die Zusammenveranlagung wählen. Sie werden einzeln veranlagt, wenn eine oder einer von Ihnen die Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern wählt. In diesem Fall muss jede oder jeder von Ihnen eine eigene Einkommensteuererklärung abgeben. Bei einer Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern geben Sie bitte nur diejenigen Aufwendungen an, die auf eigener Verpflichtung beruhen und die Sie selbst wirtschaftlich getragen haben, wie z. B.

- Sonderausgaben (**Anlage Sonderausgaben** und / oder **Anlage Vorsorgeaufwand**),
- außergewöhnliche Belastungen (**Anlage Außergewöhnliche Belastungen**),
- Steuerermäßigungen für haushaltsnahe Be-

schäftigungsverhältnisse, Dienstleistungen und Handwerkerleistungen nach § 35a EStG (**Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen**) und

- Steuerermäßigungen für energetische Maßnahmen bei zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäuden nach § 35c EStG (**Anlage Energetische Maßnahmen**).

Sie haben die Aufwendungen von einem gemeinsamen Konto gezahlt?

Dann geben Sie bitte nur den von Ihnen jeweils wirtschaftlich getragenen Anteil an (ggf. hälftig). Den Antrag zur Aufteilung der Abzugsbeträge bei Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern stellen Sie bitte in Zeile 21 der **Anlage Sonstiges**. Beachten Sie bitte, dass nur die Abzugshöchstbeträge aufgeteilt werden können und nicht die Aufwendungen selbst.

Sie haben keine Erklärung über die Wahl der Veranlagungsart abgegeben?

Dann unterstellt Ihr Finanzamt, dass Sie die Zusammenveranlagung wählen. Diese Veranlagungsart ist im Regelfall die günstigere Variante.

**Zeile 19
Veranlagungsart**

Der Zahlungsverkehr mit Ihrem Finanzamt wird bargeldlos abgewickelt. Steuererstattungen mit IBAN sind innerhalb des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payments Area, SEPA) möglich, zu dem alle Länder der EU, des EWR sowie Vereinigtes Königreich, Gibraltar, Monaco, San Marino, Saint Barthelemy, Saint Pierre und Miquelon, Mayotte, Guernsey, Jersey, Isle of Man, Schweiz, Andorra und Vatikanstadt gehören. Geben Sie hierfür bitte die IBAN sowie die Kontoinhaberin oder den Kontoinhaber an.

Ihre IBAN finden Sie z. B. auf dem Kontoauszug Ihrer Bank. Für Steuererstattungen im SEPA-Zahlungsverkehr in Länder außerhalb des EU- / EWR-Raums ist zusätzlich der BIC einzutragen. Teilen Sie Ihrem Finanzamt bei anderen Bankverbindungen außerhalb des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums die erforderlichen Angaben schriftlich mit. Die von Ihnen angegebene Bankverbindung wird Ihr Finanzamt auch für künftige Erstattungen verwenden. Ändert sich Ihre Bankverbindung,

**Zeile 30 bis 33
Bankverbindung**

tei-

len Sie dies bitte umgehend Ihrem Finanzamt schriftlich mit.

Für Zahlungen besteht die Möglichkeit, ein gesonder-
tes SEPA-Lastschriftmandat zu erteilen. Dieses bleibt
solange bestehen, bis es von Ihnen widerrufen wird.
Wenn Sie Ihren Steuererstattungs- oder Steuervergü-

tungsanspruch an einen Dritten abtreten möchten,
können Sie den erforderlichen amtlichen Vordruck zur
Abtretung unter www.formulare-bfinv.de abrufen. Be-
achten Sie bitte die besonderen Hinweise auf diesem
Vordruck.

**Zeile 34
Arbeitnehmer-
Sparzulage**

Sie wollen einen Antrag auf Arbeitnehmer-Sparzulage
für zulagebegünstigte vermögenswirksame Leistungen
stellen?

Dann tragen Sie hier bitte eine „1“ ein. Ihr Finanzamt
setzt dann die Arbeitnehmer-Sparzulage nach Ablauf
des Kalenderjahres fest. Die notwendigen Daten (elek-
tronische Vermögensbildungsbescheinigung) werden
von Ihrem Anbieter oder Arbeitgeber elektronisch an
das Finanzamt übermittelt.

Bei Neuverträgen (Vertragsabschluss nach dem
25. Mai 2018) erfolgt eine Datenübermittlung nur,
wenn Sie in diese eingewilligt haben. Ein Anspruch auf
Arbeitnehmer-Sparzulage besteht in der Regel nur,
wenn das zu versteuernde Einkommen bei einzeln
veranlagten Personen 17.900 € und bei zusammen
veranlagten Personen insgesamt 35.800 € nicht über-
steigt. Bei Vermögensbeteiligungen am Unternehmen

des Arbeitgebers und Vermögensbeteiligungen an
anderen Unternehmen (z. B. Anlage in einem VL-
Investmentsparplan) besteht ein Anspruch auf
Arbeitnehmer-Sparzulage, wenn das zu versteuernde
Einkommen bei einzeln veranlagten Personen
20.000 € und bei zusammen veranlagten Personen
insgesamt 40.000 € nicht übersteigt.

Die Arbeitnehmer-Sparzulage wird in der Regel erst
nach Ablauf der Sperrfrist ausgezahlt. Haben Sie über
Ihren Vertrag vor Ablauf der Sperrfrist unschädlich ver-
fügt (z. B. bei längerer Arbeitslosigkeit), wird Ihnen die
Arbeitnehmer-Sparzulage vorzeitig ausgezahlt. Ent-
sprechendes gilt, wenn Ihre Bausparkasse Ihnen
einen Bausparvertrag zugeteilt hat. Bei einer Anlage
zum Wohnungsbau (z. B. Grundstücksentschuldung)
wird Ihnen die Arbeitnehmer-Sparzulage jährlich aus-
gezahlt.

Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage		15	
Für alle vom Anbieter übermittelten elektronischen Vermögensbildungsbescheinigungen wird die Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage beantragt.		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A	Ehefrau / Person B
34	17	1 = Ja	18 1 = Ja

Beispiel

**Zeile 35 und 36
Einkommens-
ersatzleistungen**

Einkommensersatzleistungen sind zwar steuerfrei, be-
einflussen aber die Höhe der Steuer auf die steuer-
pflichtigen Einkünfte. Die Leistungsbeträge werden
grundsätzlich elektronisch an die Finanzverwaltung
übermittelt und sind nicht mehr einzutragen. Möchten
Sie von diesen Daten abweichen, sind die Eintragun-
gen weiterhin vorzunehmen.

Einkommensersatzleistungen sind:

- Insolvenzgeld (einschließlich vorfinanziertes Insolvenzgeld),
- Arbeitslosengeld (ohne sog. Arbeitslosen-
geld II), Teilarbeitslosengeld, Zuschüsse zum
Arbeitsentgelt, Übergangsgeld,
- Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Verletzten-
geld, Übergangsgeld oder vergleichbare Ein-
kommensersatzleistungen nach den sozialver-
sicherungsrechtlichen Vorschriften,
- Mutterschaftsgeld, Zuschuss zum Mutter-
schaftsgeld, Sonderunterstützung nach dem
Mutterschutzgesetz sowie der Zuschuss bei
Beschäftigungsverboten für die Zeit vor oder
nach einer Entbindung sowie für den Entbin-
dungstag während einer Elternzeit nach beam-
tenrechtlichen Vorschriften,
- Arbeitslosenbeihilfe nach dem Soldatenversor-

gungsgesetz,

- Versorgungskrankengeld oder Übergangsgeld
nach dem Bundesversorgungsgesetz,
- Verdienstausfallentschädigung nach dem Un-
terhaltssicherungsgesetz,
- Verdienstausfallentschädigung nach dem In-
fektionsschutzgesetz,
- aus dem Europäischen Sozialfonds finanzia-
tes Unterhaltsgeld sowie Leistungen nach § 10
SGB III, die dem Lebensunterhalt dienen,
- Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und
Elternzeitgesetz sowie
- Anpassungsgeld für Arbeitnehmerinnen oder
Arbeitnehmer der Braunkohlekraftwerke und
Braunkohletagebaue sowie Steinkohlekraftwer-
ke

Sie haben über die Einkommensersatzleistungen eine
Bescheinigung (Leistungsnachweis) erhalten, weil die
Leistungsbeträge nicht elektronisch übermittelt werden
konnten (z. B. aus technischen Gründen)?

Dann tragen Sie diese bitte in Zeile 35 ein. Vergleich-
bare Einkommensersatzleistungen aus einem EU- /
EWR-Staat oder der Schweiz tragen Sie in Zeile 36
ein.



Zeile 35

Vergessen Sie bitte nicht, die Erklärung oder den Antrag zu unterschreiben. Waren Sie 2023 verheiratet oder lebten Sie in einer Lebenspartnerschaft und haben Sie von der mit Ihnen verheirateten oder verpartnerten Person nicht dauernd getrennt gelebt, muss auch diese unterschreiben, selbst dann, wenn sie

keine eigenen Einkünfte hatte. Wählen Sie die Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern, hat jede Person nur ihre Erklärung zu unterschreiben. Für Geschäftsunfähige oder beschränkt Geschäftsfähige unterschreibt der gesetzliche Vertreter.

Zeile 38
Unterschrift

Für die steuerliche Berücksichtigung von Sachverhalten, die ausländische Verhältnisse betreffen, können die ansonsten geltenden Freibeträge, Pauschbeträge oder Höchstbeträge nur abgezogen werden, soweit sie nach den Verhältnissen des jeweiligen Wohnsitzstaates notwendig und angemessen sind. Die nachfolgende Ländergruppeneinteilung hat für folgende Bereiche eine steuerliche Auswirkung:

- **Anlage Kind** (bei Wohnsitz des Kindes im

Ausland, vgl. die Erläuterungen in der Anleitung zur Anlage Kind),

- **Anlage Unterhalt** (Unterhaltsleistungen an Personen im Ausland, vgl. die Erläuterungen in der Anleitung zur Anlage Unterhalt),
- **Anlage WA-ESt** (Prüfung der Einkunftsgrenzen des § 1 Abs. 3 EStG, vgl. die Erläuterungen in der Anleitung zur Anlage WA-ESt).

Ländergruppeneinteilung

Hierbei erkennt das Finanzamt höchstens folgende Beträge an:

Höchstbetrag für Unterhaltsleistungen	Anrechnungsfreier Betrag	Ländergruppe	Land
10.908 €	624 €	1	Amerikanische Jungferninseln; Andorra; Australien; Bahamas; Belgien; Bermuda; Britische Jungferninseln; Brunei Darussalam; Dänemark; Färöer; Finnland; Frankreich; Gibraltar; Grönland; Guam; Hongkong; Insel Man; Irland; Island; Israel; Italien; Japan; Kaimaninseln; Kanada; Kanalinseln; Katar; Korea, Republik; Kuwait; Liechtenstein; Luxemburg; Macau; Monaco; Neukaledonien; Neuseeland; Niederlande; Norwegen; Österreich; Palästinensische Gebiete; San Marino; Schweden; Schweiz; Singapur; Spanien; Taiwan; Vatikanstadt; Vereinigte Arabische Emirate; Vereinigte Staaten; Vereinigtes Königreich
8.181 €	468 €	2	Antigua und Barbuda; Aruba; Bahrain; Barbados; Chile; Cookinseln; Curacao; Estland; Französisch-Polynesien; Griechenland; Kroatien; Lettland; Litauen; Malta; Nördliche Marianen; Oman; Palau; Panama; Polen; Portugal; Puerto Rico; Saudi-Arabien; Seychellen; Slowakei; Slowenien; St. Kitts und Nevis; St. Martin (französischer Teil); St. Martin (niederländischer Teil); Trinidad und Tobago; Tschechien; Turks- und Caicos-Inseln; Ungarn; Uruguay; Zypern
5.454 €	312 €	3	Albanien; Amerikanisch-Samoa; Äquatorialguinea; Argentinien; Bosnien und Herzegowina; Botsuana; Brasilien; Bulgarien; China; Costa Rica; Dominica; Dominikanische Republik; Ecuador; Fidschi; Gabun; Grenada; Guyana; Irak; Iran, Islamische Republik; Jamaika; Kasachstan; Kolumbien; Kuba; Libanon; Libyen; Malaysia; Malediven; Marshallinseln; Mauritius; Mexiko; Montenegro; Namibia; Nauru; Niue; Nordmazedonien; Paraguay; Peru; Rumänien; Russische Föderation; Serbien; St. Lucia; St. Vincent und die Grenadinen; Südafrika; Suriname; Thailand; Türkei; Turkmenistan; Tuvalu; Venezuela, Bolivarische Republik; Weißrussland / Belarus

Neu!

Höchstbe- trag für Unter- haltsleis- tungen	Anrech- nungsfreier Betrag	Länder- gruppe	Land
2.727 €	156 €	4	Afghanistan; Ägypten; Algerien; Angola; Armenien; Aserbaidshjan; Äthiopien; Bangladesch; Belize; Benin; Bhutan; Bolivien, Plurinationaler Staat; Burkina Faso; Burundi; Cabo Verde; Côte d'Ivoire; Dschibuti; El Salvador; Eritrea; Es-watini; Gambia; Georgien; Ghana; Guatemala; Guinea; Guinea-Bissau; Haiti; Honduras; Indien; Indonesien; Jemen; Jordanien; Kambodscha; Kamerun; Kenia; Kirgisistan; Kiribati; Komoren; Kongo; Kongo, Demokratische Repu-blik; Korea, Demokratische Volksrepublik; Kosovo; Laos, Demokratische Volksrepublik; Lesotho; Liberia; Madagaskar; Malawi; Mali; Marokko; Maure-tanien; Mikronesien, Föderierte Staaten von; Moldau, Republik; Mongolei; Mosambik; Myanmar; Nepal; Nicaragua; Niger; Nigeria; Pakistan; Papua Neuguinea; Philippinen; Ruanda; Salomonen; Sambia; Samoa; São Tomé und Príncipe; Senegal; Sierra Leone; Simbabwe; Somalia; Sri Lanka; Sudan; Südsudan; Syrien, Arabische Republik; Tadschikistan; Tansania, Vereinigte Republik; Timor-Leste; Togo; Tonga; Tschad; Tunesien; Uganda; Ukraine; Us-bekistan; Vanuatu; Vietnam; Zentralafrikanische Republik

Abkürzungsverzeichnis

AfA = Absetzung für Abnutzung	ESanMV = Energetische Sanierungsmaßnahmen- Verordnung
AO = Abgabenordnung	EStDV = Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
AStG = Außensteuergesetz	EStG = Einkommensteuergesetz
ATE = Auslandstätigkeitserlass	EStR = Einkommensteuer-Richtlinie
AuslInvG = Auslandsinvestitionsgesetz	ForstSchAusglG = Forstschäden-Ausgleichsgesetz
BAFA = Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	FZulG = Forschungszulagengesetz
BAföG = Bundesausbildungsförderungsgesetz	GEG = Gebäudeenergiegesetz
BauGB = Baugesetzbuch	HGB = Handelsgesetzbuch
BEG = Bundesentschädigungsgesetz	LPartG = Lebenspartnerschaftsgesetz
BGB = Bürgerliches Gesetzbuch	InvStG = Investmentsteuergesetz
BStBl = Bundessteuerblatt	SGB = Sozialgesetzbuch
BZSt = Bundeszentralamt für Steuern	UmwStG = Umwandlungssteuergesetz
DBA = Doppelbesteuerungsabkommen	ZÜ = Zwischenstaatliches Übereinkommen
ErbStG = Erbschaftsteuer- und Schenkungssteuergesetz	